

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Horst Peter MdB zum Atom-
müll-Skandal: Parlemen-
tarischer Untersuchungsausschuß
erforderlich.

Seite 1

Heinz Oskar Vetter MdEP zu
Zimmeranns Asyl-Politik: Ein
Beitrag zur Fremdenfeindlich-
keit.

Seite 3

Michael Müller MdB zur
Strauß-Reise nach Moskau:
Entlarvung eines eitlen und
überschätzten Politikers.

Seite 4

Dokumentation:

Worte des CSU-Vorsitzenden
Franz Josef Strauß über die
Sowjetunion: Vor und nach
dem Moskau-Besuch.

Seite 6

43. Jahrgang / 4

7. Januar 1988

Parlamentarischer Untersuchungsausschuß erforderlich

Feststellungen zum Atom-
müll-Skandal

Von Horst Peter MdB

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß ist die vom Grundgesetz vorgesehene, in ihrer umfassenden Reichweite vom Bundesverfassungsgericht mehrfach bestätigte Antwort der Demokratie auf den unsere Sicherheit gefährdenden Mißstand der Atomenergie, ein scharfes, aber der Größe des Mißstandes angemessenes Instrument.

Es ist höchste Zeit für den Einsatz dieses Instruments, sollen die Menschen aus der Rolle des Zuschauers erlöst werden, der täglich im Fernsehen nicht mehr nur den Stand des Dollars und den Wetterbericht, sondern auch die neueste Zahl der entdeckten Fässer gefährlichen Atom-
mülls zur Kenntnis nehmen muß, ohne etwas tun zu können: Dollarkurs etwas über 1,60 DM, Fässerzahl etwas unter 2.000 Stück. Zuschauerdemokratie par excellence: Wie in einer amerikanischen Fernsehserie muß er passiv high-light auf high-light über sich ergehen lassen, ohne sich darauf einen Reim machen zu können.

Wer erhielt von wem Schmiergelder; wer wußte von was; welches ist die Logik des „Fässertourismus“ zwischen den Atomunternehmen in der Bundesrepublik und dem belgischen Mol; wer hat Zugang zu dem gefährlichen Plutonium, das zudem noch zum Bau von Atombomben mißbraucht werden kann, wie kommen verstrahlte Bürogegenstände in die Fässer und warum meldet sich die Versandfirma NUKEM nicht, als sie bemerkt, daß in den Fässern nach der „Entsorgung“ in Mol etwas anderes drin ist - wie es das Gesetz befahl; gab es in einem Atomkraftwerk einen unbekannt gebliebenen Atomunfall und in welchem, wer hängt eigentlich mit wem zusammen in diesem Atomclub, der sich wie die Mafia gebärdet, hat der geschäftige Kommissar - Töpfer wie Schimanski - alles im Griff oder überdeckt er mit Geschäftigkeit nur eigene Ratlosigkeit? Die Reihe der Fragen ließe sich fortsetzen.

Die informierteren Zuschauer fragen sich: wieso eigentlich jetzt erst die geschäftige Aktivität des Umweltministers - jeden Tag eine

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heuseallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Fremdverteilung
mit dem besten Rohmaterial
Recycling-Papier



neue Untersuchungskommission, jeden Tag eine neue Reise, sogar Verzicht auf den Weihnachtsurlaub - obwohl die Chronik der Atomskandale weit zurückreicht: der Transnuklearskandal kam erstmals am 8. April in die Öffentlichkeit, seit dieser Zeit liegt dem Umweltminister eine Masspetition vor, die die Überprüfung der Zuverlässigkeit der Betreiber der Hanauer Atomanlagen verlangt. Seine Antwort: „Alles in Ordnung!“

Soll nicht aus der Machtlosigkeit des zur Passivität verurteilten Zuschauers Staatsverdrossenheit entstehen, ist parlamentarisches Handeln nötig. Das Wahlvolk, von dem ja die Macht ausgeht, hat ein Recht darauf, daß seine Repräsentanten selbst Licht in das Dunkel bringen, daß sie ihren öffentlichen Kontrollauftrag wahrnehmen. Das hat eine andere Qualität als Ermittlungen der Staatsanwälte, die Tätigkeit von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, staatliche Sonderkommissionen, aber auch als die Tätigkeit des Fachausschusses oder allgemeine Parlamentsdebatten - aktuelle Stunden eingeschlossen. Im Untersuchungsausschuß wird das Parlament in Ausübung seines öffentlichen Kontrollauftrags handelnd tätig, um einen allgemeinen Mißstand aufzuklären. Der Untersuchungsausschuß ist die schärfste Waffe, aber der Größe des Mißstandes angemessen. Besonderes Merkmal des Untersuchungsausschusses ist, daß er öffentlich tagt und damit die Öffentlichkeit begleitend in die Kontrolle einbezogen wird.

Der Auftrag für den Untersuchungsausschuß muß so formuliert werden, daß aus den Ergebnissen politische Konsequenzen gezogen werden können. Das gilt für die Risiken menschlichen Fehlverhaltens, ungelöster Entsorgung, technischer Risiken, Proliferationsrisiko sowie die daraus abzuleitenden Konsequenzen. Dabei bin ich sicher, daß sich die Position der SPD, daß die Atomenergie nicht verantwortbar ist und sofort mit dem Ausstieg und dem Umstieg auf verantwortbare Energieträger begonnen werden muß, bestätigt, aber es gilt eben auch, für die Übergangszeit Vorsorge zu treffen.

Untersuchungsgegenstände des Untersuchungsausschusses müssen sein:

- Wie verlaufen die Geldströme zwischen den verschiedenen beteiligten und miteinander verflochtenen Firmen des Atomblocks, auch über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus?
- Welche wirtschaftlichen und persönlichen Verflechtungen bestehen im Atomenergiebereich?
- Wie verlaufen die Transportwege der Atomabfälle auch über die Grenzen hinweg?
- Wie wird der Umgang mit spaltbarem Material kontrolliert?
- Welche politischen Konsequenzen ergeben sich für die Sicherstellung der Kontrolle in allen Phasen des Brennstoffkreislaufs?

Die Frage, wie das Parlament mit dem Mißstand der Atomenergie umgeht, wird immer stärker zu einer Frage der Glaubwürdigkeit des politischen Systems. (-/7.1.1988/vo-ha/rs)

* * *

Ein Beitrag zur Fremdenfeindlichkeit

Zur beabsichtigten Verschärfung des Asylrechts

Von Heinz Oskar Vetter MdEP

Die Vorstellungen der Bundesregierung zur Verschärfung des Asylrechts sind ein „christlich-sozialer“ Beitrag zur Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Die vom Bundeskabinett angestrebten Änderungen sind das Werk populistischer Drahtzieher. Jenen, die so etwas austüfteln, geht es nicht um die Menschen oder den Erhalt eines Grundrechts. Sie wollen die rechte Wählerklientel an sich binden.

Es ist mehr als arrogant, wie sich ein Bundesminister auf eine derartig verdummende Analyse der Flüchtlingsstatistik berufen könne, um weitere Verschärfungen der Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge zu fordern. Der junge ostpolitische Ruhm seines Ministerpräsidenten scheint dem Bayern Zimmermann den politischen Schlaf zu rauben. Eine restriktive Rechtsprechung auf der Grundlage eines von der Wirklichkeit längst überholten Begriffs des politischen Flüchtlings hat bereits jetzt eine untragbare und vom Bundestag unkontrollierte Lage geschaffen.

Bundesinnenminister Zimmermann fordert, während des Vorsitzes der Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft dafür einzutreten,

- daß die Forderungen des Europäischen Parlaments zur Asylpolitik berücksichtigt werden. Das Europäische Parlament forderte mehrmals eine großzügigere und einheitliche Haltung gegenüber Asylsuchenden;
- daß die Bundesrepublik und die EG-Länder Flüchtlingszahlen veröffentlichen, die miteinander vergleichbar sind;
- ein Ende der menschenunwürdigen Politik, die auf Abschreckung und nicht auf Bewältigung des Flüchtlingsproblems hinausläuft;
- daß Frankreich den Visumzwang für die europäischen Nicht-EG-Staaten aufhebt.

Ich begrüße die Bestrebungen der Bundesregierung, das Asylrecht auf europäischer Ebene zu harmonisieren. Ich lehne jedoch die notwendige Harmonisierung ab, wenn sie von Beamten und nicht von Parlamenten vorgenommen wird, so wie dies im Rahmen des Schengener Abkommens und der ad-hoc-Gruppe TREV1 des Europäischen Rates geschieht. (-/7.1.1988/vo-he/jr)

Strauß in Moskau

Ein elitärer und überschätzter Politiker hat sich selbst entlarvt

Von Michael Müller MdB

Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Sowjetunion der SPD-Bundestagsfraktion

Seit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows als Generalsekretär der KPdSU im März 1985 tönte es aus München fortlaufend und stereotyp: „Im Osten nichts Neues!“ Franz Josef Strauß, der bayerische Zampano ließ sich natürlich von den Schmelmeintönen aus dem Krenfl nicht blenden und tat die Veränderungen in der UdSSR nach dem Muster des Märchens von des Kaisers neuen Kleidern ab: Geschickte Medieninszenierung eines „sowjetischen Politikers neuen Typs“, tatsächlich aber, so hatte der Weltpolitiker mit dem klaren Blick erkannt, ohne Substanz.

Wie auch andere Politiker hatte der Staatsmann Strauß die Veränderungen und krisenhaften Zuspitzungen seit Ende der 70er Jahre in der sowjetischen Politik nicht nur zur Kenntnis genommen. Und letztlich fehlt es auch ihm an der Fähigkeit, die inneren Prozesse in osteuropäischen Gesellschaften bewerten zu können. Deshalb wurde im Westen auch kaum zur Kenntnis genommen, wie sich in der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Diskussion seit Ende der 70er Jahre die Grundlinien von Perestrojka und Glasnost herausgebildet haben. Und es war die Wahl Jurj Andropows zum Partei- und Staatschef im November 1982, mit der das Neue Denken offizielle Anerkennung in der sowjetischen Führung fand. Mit diesem neuen Kurs reagierte die Krenfl-Führung auf die drohende Gefahr einer Krise, denn das politische und wirtschaftliche System entsprach immer weniger den Anforderungen einer hochentwickelten und ausdifferenzierten Industriegesellschaft.

Hinzu kommt - was vor allem für die Außenpolitik der UdSSR von entscheidender Bedeutung ist - eine veränderte Einschätzung der außenpolitischen Situation, die bereits unter Andropow zu ideologischen Veränderungen nach dem Prinzip der friedlichen Koexistenz führten. Für ihn war die Zeit „reif“ für eine neue Qualität selbstbewußter Koexistenz mit dem Westen: Das friedliche Zusammenleben im „atomarkosmischen Zeitalter“ mit einem zugleich kooperierenden und konkurrierenden Wettbewerb der Systeme.

Nicht zuletzt diese Unkenntnis und das Festhalten an alten Feindbildern führt bei der politischen Rechten noch heute zu dem Trugschluß, daß Reagan-Gorbatschow-Abkommen über den Abbau der Mittelstreckenraketen ausschließlich auf die „konsequente“ und „harte“ Haltung des Westens zurückzuführen sei.



Na ja: Jetzt reiste der bayerische Großmufti zum ersten Mal nach Moskau und Gorbatschow gab ihm die Ehre eines mehrstündigen Gesprächs. Und er reagierte genauso wie letztlich auch die sowjetische Führung erwarten konnte: Der Weltpolitiker Strauß fühlte sich geschmeichelt und reiste „ausgesprochen zufrieden nach München zurück“.

Getreu seinem schon mehrfach belegten Motto „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“ wehrt er sich jetzt gegen „das von Strauß gezeichnete Zerrbild“ und bekundet seine Fähigkeit zum nüchternen Realismus. Na, toll! Der Auftritt, die Inszenierung, der Pressewirbel, das ist es, was Strauß beherrscht - aber seriöse, fundierte Politik? Wohl kaum!

Und um die Komödie zu vervollständigen, verkündet sein Generalsekretär Tandler am Jahresschluß noch zum Charakter der CSU-Politik, daß sie zeitgeistigen Strömungen wohl stets widerstehen würde.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Es ist gut, daß Franz Josef Strauß in Moskau war und es wäre gut, wenn er zukünftig intensiver das Gespräch mit der Kreml-Führung suchen würde. Es kann nur ihm wie der Politik der Bundesrepublik dienen. Und es ist sicherlich auch gut, wenn der Aufrüstungspolitiker Strauß zum Abrüstungspolitiker wird.

Aber müssen die Irrungen und Wirrungen dann noch so furchtbar ernst genommen und zur hohen Kunst der Außenpolitik erklärt werden? In Wahrheit ist Strauß ebenso eitel wie er überschätzt wird. Er „lebt“ vom wohlgetimeten Wechselstreit mit der Schwesterpartei und dem „liberalen“ Bündnispartner und er ist immer für manches Kraftwort gut. Das war es aber auch schon. Oder wird er nur deshalb von der Presse goutiert, weil er sich von Bangemann und Kohl auch noch dadurch abhebt, daß er sein Flugzeug selbst steuert.

(--/7.1.1988/rs/fr)

* * *



DOKUMENTATION
=====

Worte des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß

I. Vor seinem Moskau-Besuch

„Die Sowjets haben mich schon vor einiger Zeit wissen lassen, bevor sie mich einladen würden, müßte ich meine Meinung ändern. Da können sie lange warten.“
(Hamburger Abendblatt, 1980, lt. Spiegel vom 4.1.1988)

„Ich lasse mich von verlockenden Phrasen aus Moskau nicht so leicht hinreißen.“
(Spiegel, 20.10.1969)

„Die sowjetischen Gewaltverzichtserklärungen sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen.“
(Neue Westfälische, 30.8.1980)

„Im Osten nichts Neues.“ (ZDF - Bonner Perspektiven, 4.8.1985)

„Gorbatschows Versuch, die schwerfällige Planwirtschaft zu modernisieren, ist wie das Experiment, einen Schnellball zu rösten.“ (Bild, 7.9.1985)

„Wir dürfen uns nicht freiwillig wehrlos machen, denn den weltrevolutionären geostrategischen Zielsatzungen der Sowjetunion hat Gorbatschow bis heute nicht abgeschworen.“ (Bild, 2.6.1987)

„Was hat Gorbatschow bisher bewirkt, außer einen Wandel der Psychologie der öffentlichen Meinung im Westen?“ (DLF, Interview der Woche, 31.5.1987)

II. Nach seinem Moskau-Besuch

„Wir stehen an der Schwelle eines neuen Jahres, vielleicht stehen wir auch an der Schwelle eines neuen politischen Zeitalters.“ (Bayerischer Rundfunk, Neujahrsansprache, 1.1.1988)

„...ich bin nach diesem Besuch von einem überzeugt: Gorbatschow und die politische Führung der Sowjetunion wollen keinen Krieg, sie wollen... Konflikte abbauen, sie wollen Reformen nach innen, aber keine grundsätzliche Änderung des Systems. Es ist unsere Pflicht, auf diesem schwierigen Wege zu helfen, mit Augenmaß und Nüchternheit, ohne Illusionen, ohne falsche Maßstäbe, ohne Wunschenken.“ (Bayerischer Rundfunk, Neujahrsansprache, 1.1.1988)

„Ich darf als Ergebnis meiner vielen und eingehenden Gespräche festhalten: 1. Daß die heutige Sowjetführung an keine militärische Auseinandersetzung mit dem Westen denkt... 2. Daß sie bereit ist, weitere Abkommen zu schließen, auch im Bereich der Kurzstreckenraketen und der konventionellen Streitkräfte... 3. Gorbatschow will die Reformen, die dem Land nützen... 4. Die neue sowjetische Führung hat ein besonderes Interesse daran, auf wissenschaftlich-technischem, kulturell-künstlerischem und industriell-wirtschaftlichem Gebiet mit der Bundesrepublik Deutschland eng zusammenzuarbeiten... Weder abgrundtiefer Pessimismus noch überzogener Optimismus sind die richtigen Orientierungspunkte, diese neue Entwicklung zu beobachten.“ (Bayerischer Rundfunk, Neujahrsansprache, 1.1.1988)

III. Fazit

„Ich reise ausgesprochen zufrieden nach München zurück.“ (Süddeutsche Zeitung, 31.12.1987) (7.1.1988/vo-ha/rs)

* * *

